Verwaltungsreform

nten.
s eröffnete
ine klassi-
htsdirektor
zclub Rot-
e als Ein-
t des Ball-
st. Für den
lie Kapelle

· noch zu
:baren Stu-
mmilitonen
nologie er-
rwartet für
n noch grö-
inen weite-
Fachhoch-
ungsreform.
m Dörr an-
Frühlings-
Ausrichtung
ranstaltung

Für und wider Eingemeindung

27.04
1970

Bodenheim. Bei einer Bürgerversammlung, die von der SPD einberufen worden war, wurde über das Für und Wider von Eingemeindung und Verbandsgemeinde diskutiert. Neutraler Versammlungsleiter war Bürgermeister Schaub. Fast 70 Wortmeldungen von Bürgern und Ratsmitgliedern gab es zu den Darlegungen des Zweiten Beigeordneten Kasper (SPD), der sich für die Eingemeindung aussprach, und von Direktor Bogner vom Gemeinderat und von Landrat Dr. Bickel, die für die Bildung von Verbandsgemeinden eintraten. Am Schluß versicherte Beigeordneter Kasper auf Anfrage, im Falle einer Bürgerbefragung werde die SPD den Willen der Bürger respektieren. Ausführlicher Bericht folgt.

Experten plädieren für Verbandsgemeinde

SPD: Bodenheim nach Mainz eingemeinden / Klarheit durch Bürgerbefragung?

Bodenheim. „Eingemeindung nach Mainz oder Verbandsgemeindebildung?" Um diese Frage ging es auf Antrag der SPD-Fraktion in der jüngsten Bürgerversammlung im Saalbau „Rheintal" unter Vorsitz von Bürgermeister Heinz Schaub. Hart wurde das „Für und Wider" diskutiert; manchmal drohten die Beiträge in eine unsachliche Sphäre abzugleiten. Fast siebzig Wortmeldungen in annähernd vier Stunden sollten Klarheit über den künftigen Weg der Gemeinde Bodenheim schaffen. Eine endgültige Entscheidung aber wird eine Bürgerbefragung herbeiführen.

Zweiter Beigeordneter Kasper erläuterte den Eingemeindungsvorschlag der SPD-Fraktion. Nach dem Landesgesetz seien bereits zehn Prozent der Gesamtfläche an die Stadt ausgemarktet worden; ferner käme die Verwaltungskraft der Gemeinde zugute. Die Finanzen von Bodenheim reichten künftig nicht aus, um Kanalisation, Hauptschule, das Sportplatzproblem, Industrieansiedlung, schienengleiche Bahnübergänge und ein neues Verwaltungsgebäude zu verwirklichen. An persönlichen und sachlichen Ausgaben seien im Haushaltsplan 1970 voraussichtlich 430 000 Mark vorgesehen, bei 495 000 Mark Einnahmen aus Grund- und Gewerbesteuer. Er konstatatierte, daß der Mainzer Stadtrat einer Eingemeindung positiv gegenübrestehe.

Direktor Bogner vom Gemeindetag Rheinland-Pfalz erklärte, ebenso wie Landrat Dr. Heribert Bickel, die Selbständigkeit von Bodenheim würde in einer Verbandsgemeinde bestehen bleiben. Bei einer Eingemeindung würde ein 57köpfiger Stadtrat beschließen, was im Stadtteil Bodenheim geschehen soll. In einer Verbandsgemeinde dagegen beschließen nach wie vor die Ratsmitglieder über Grund- und Gewerbesteuer, sowie über den verbindlichen Bebauungsplan. Bogner bemerkte, er sehe keine Vorteile für die Eingemeindung. Die Gebühren müßten, wenn man auch einige Übergangsregelungen eingebaut habe, der Stadt angepaßt werden. Er meinte, im Falle einer Verbandsgemeindebildung wird der Sitz nach Bodenheim kommen.

Landrat Dr. Heribert Bickel führte aus, man müsse in den künftigen Verbandsgemeinden Spezialabteilungen für eine konzentrierte Verwaltungsarbeit bilden. Fünfzig Prozent aller verabschiedeten Gesetze würden mittel- oder unmittelbar die Gemeinden tangieren; unmöglich diese enorme Verwaltungsarbeit in ehrenamtlich geführten Gemeinden zu erledigen. Hier biete die künftige Verbandsgemeinde mit Fachleuten besetzt, eine bessere Möglichkeit. Nach der Zielplanung würden die Personalkosten für Bodenheim jährlich je Einwohner etwa bei 87 Mark liegen. Mainz läge hier wesentlich höher.

SPD-Fraktionssprecher Metz erwiderte, daß seit vielen Jahren der Bebauungsplan „Guckenberg" sowie die Landsiedlung ausstehe. Die Wasserversorgung sei schlecht. Bei einem Anschluß würden diese Projekte forciert und die hohen Kosten für ein Verwaltungsgebäude gespart.

Ratsmtglied Herr (CDU) warf der SPD vor, sie wolle sich damit der Verantwortung entziehen. Bürgermeister Schaub betonte, der Haushaltsplan habe sich in den vergangenen Jahren vervielfacht, die Gemeinde sei zu sechzig Prozent kanalisiert und habe viel Industrie angesiedelt. Die Stadt Mainz sei keineswegs ein Allheilmittel. In jedem Fall würden die Grundsteuer A und B um 24 und 26 Prozent, ferner die Gewerbesteuer um sieben Prozent ansteigen. Erhebliche Mehrbelastungen gebe es auch bei der Kraftfahrzeugversicherung, der Hundesteuer- und der Friedhofsatzung. Erster Beigeordneter Kühl zeigte sich enttäuscht von den Ausführungen der Experten. Man habe nur für die Verbandsgemeinde plädiert und so ein verzerrtes Bild geschaffen. Im Falle einer Bürgerbefragung, so Erster Beigeordneter Kasper, würde die SPD den Willen der Bürger akzeptieren.

-m-

Verantwortlich für Kreis Mainz-Bingen:
Reinhart Auener in Mainz

